

**NIEDERSCHRIFT  
ZUR SITZUNG DES  
BAU- UND  
UMWELTAUSSCHUSSES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:  
15. BAU 2009-2014  
Sitzungsdatum:  
15.12.2011  
Niederschrift**

Übach-Palenberg, den 15.12.2011

Unter dem Vorsitz von Silvia Gillen versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

**Bau- und Umweltausschuss**

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

**Tagesordnung**

**A) Öffentliche Sitzung**

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 10.11.2011
2. Entfernung städtischer Bäume Herbst/Winter 2011/2012
3. Erweiterungen zur Tagesordnung
4. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

**B) Nichtöffentliche Sitzung**

5. Vergabeangelegenheiten
  - 5.1 Bauliche Umsetzung der SüwV-Kan, offene Bauweise
  - 5.2 Aufhebung einer Direkteinleitung in die Wurm (Wurmtalbrücke)
6. Erweiterungen zur Tagesordnung
7. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Es waren anwesend:

**Stadtverordnete**

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen	als persönliche Vertreterin für sachk. Bürger Dr. Wissing
Herr Wolfgang Bien	UWG	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Rudolf Burbaum	SPD	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Herbert Fibus	SPD	
Herr Fred Fröschen	CDU	
Frau Silvia Gillen	CDU	

Herr Herbert Görtz	CDU	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung als persönlicher Vertreter für Stadtver- ordneten Josef Fröschen
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Hüseyin Salin	SPD	als Vertreter für sachk. Bürger Hufnagel
Herr Wolfgang Schneider	SPD	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Hubert Wynands	CDU	

#### Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Georg Hennes	UWG	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Thomas Otten	CDU	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Volker Schlüter	SPD	

#### Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Frau Carla Glashagen	parteilos	
Herr Wolfgang Gudduschat	FDP	als Vertreter für sachk. Einwohner Mall- mann

#### Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Peter Lürken	parteilos	ab TOP 2 (17.08 Uhr); keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
-------------------	-----------	--

#### Verwaltungsbedienstete

Herr Dezernent Hans-Peter Gatzert		
Herr Stadtverwaltungsrat Helmut Mainz		keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Verwaltungsangestellter Gottfried Mannheims		
Herr Verwaltungsangestellter Udo Langendorf		
Herr Technischer Angestellter Bernd Wingen		keine Teilnahme an der Ortsbesichti- gung

#### Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Kerstin Schade

Vor Beginn der Sitzung fand um 15.30 Uhr zu TOP 2 "Entfernung städtischer Bäume Herbst/ Winter 2011/2012" eine Ortsbesichtigung statt.

Die Ortsbesichtigung endete um 16.50 Uhr.

-----

Ausschussvorsitzende **Gillen** stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Sie begrüßte die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung und die Zuschauer.

Sie erklärte, dass sie am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

A) Öffentliche Sitzung

1. **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 10.11.2011**

---

Stadtverordneter **Schneider** bat darum, die Vergabeunterlagen zum TOP "Vergabeangelegenheit Aufschaltung von Heizungs- und Lüftungsanlagen auf die Gebäudeleittechnik" zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Dezernent **Gatzen** sagte dies zu.

**Beschluss:**

**Die Niederschrift der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 10.11.2011 wird genehmigt.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

2. **Entfernung städtischer Bäume Herbst/Winter 2011/2012**

---

Vor der Sitzung fand zu diesem Tagesordnungspunkt eine Ortsbesichtigung statt, in der die in Rede stehenden Bäume in folgender Reihenfolge besichtigt wurden: Jülicher Straße 76, Roermonder Straße 207, Schildstraße 92, Feldstraße 14 und Kantstraße 8. Der Baum auf der Roermonder Straße wurde aufgrund eines nachgereichten Antrages noch mit aufgenommen (der Antrag wurde den Ausschussmitglieder während der Ortsbesichtigung ausgehändigt und ist ebenfalls als Anlage der Niederschrift beigelegt). Der Baum in der Roentgenstraße wurde nicht besichtigt, da der technische Betrieb im Vorfeld den Baum soweit beschnitten hatte, dass dem Wunsch des Antragsstellers entsprochen und die Entscheidung über eine Fällung somit hinfällig war.

Ausschussvorsitzende **Gillen** schlug vor, einzeln, entsprechend der Reihenfolge auf der Sitzungsvorlage zuzüglich des Baumes Roermonder Straße 207, zu dem ein nachgereichter Antrag vorliege, über die jeweiligen Bäume zu entscheiden.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

**Feldstraße 14**

Stadtverordnete **Appelrath** erklärte, sie sehe keine Notwendigkeit, diesen Baum zu fällen. Wie man bei der Ortsbesichtigung auch noch einmal erläutert bekommen habe, sei die Absonderung des Sirups aufgrund der langanhaltenden Trockenheit im Frühjahr 2011 aufgetreten. Bei einer normalen Witterung werde das Problem nicht auftreten, so dass hier von einem einmaligen Ereignis ausgegangen werden könne.

Stadtverordneter **Gudduschat** und Stadtverordneter **Schneider** schlossen sich ihrer Vorrednerin an.

**Beschluss:**

**Der Baum Feldstraße 14 wird nicht entfernt.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

**Kantstraße 8**

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, so wie man die Situation gesehen habe, bestehe hier die Möglichkeit, den Bordstein abzusenken und somit die Einfahrt zugänglich zu machen. Dies sei selbstverständlich Angelegenheit des Eigentümers, hier einen entsprechenden Antrag zu stellen und die Kosten hierfür zu übernehmen. Einen Grund, den Baum zu fällen, sehe er insoweit nicht.

Stadtverordnete **Appelrath** schloss sich dem an. Sie ergänzte, dass der Baum zeitlich gesehen bereits vor der Einfahrt existiert habe.

**Beschluss:**

**Der Baum Kantstraße 8 wird nicht entfernt.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

**Schildstraße 92**

Verwaltungsangestellter **Mannheims** erläuterte, dass hier die Grundstückseinfriedung von dem Baum beschädigt worden sei. Einen ähnlichen Fall habe es in der Schützenstraße gegeben. Hieraus sei ein Versicherungsschaden zu Lasten der Stadt entstanden. Dies könne in der Schildstraße ggf. ebenfalls eintreten.

Stadtverordneter **Fibus** erklärte, dem Antragsteller gehe es darum, den Schaden zu beseitigen und nicht generell um die Fällung des Baumes.

Verwaltungsangestellter **Mannheims** entgegnete, so habe sich der Antragsteller gegenüber der Stadt nicht geäußert. Er habe die Entfernung des Baumes schriftlich beantragt.

Stadtverordneter **Gudduschat** fragte, ob die Versicherung nicht zahlen würde, wenn die Stadt hier nicht handle. Wenn dies der Fall sei, müsse der Baum entfernt werden.

Stadtverordneter **Schneider** entgegnete, im vorliegenden Fall müsse man gegenrechnen, ob sich die Instandsetzung der Mauer und das Kappen der Wurzel als Alternative zur Fällung lohnen würden. Insbesondere, wenn man höre, der Antragsteller selber habe kein grundsätzliches Problem mit dem Erhalt des Baumes.

Verwaltungsangestellter **Mannheims** erläuterte, aufgrund von Erfahrungen mit Versicherungsschäden könne er hier nur die Fällung des Baumes empfehlen. Die Wurzel müsste alternativ so weit gekappt werden, dass der Baum dies vermutlich nicht überleben würde. Auch müsse man berücksichtigen, dass man für die Instandsetzung und für das Wurzelkappen auf das Privatgrundstück zugreifen müsse. Der Aufwand stehe hier in keinem Verhältnis.

Sachkundige Einwohnerin **Glashagen** erklärte, wenn man den Baum entferne, sei der Gehwegbelag immer noch schief. Derzeit befinden sich 30 cm zwischen Mauer und Baum. Dieses Stück Gehweg benutze niemand. Warum wolle man also gerade hier den Gehweg sanieren. Sie halte es für die einfachste Lösung, das Baumbett bis zu Mauer zu vergrößern und die Baumwurzel entsprechend zu kappen.

Sachkundiger Bürger **Schlüter** fragte, ob es korrekt sei, dass der Antragsteller zufrieden wäre, wenn sich der Schaden nicht verschlimmere. Sei dies der Fall, halte er den Vorschlag der sachkundigen Einwohnerin Glashagen für gut. Er habe die Bitte, dass wenn man sich für das Kappen der Wurzel entscheide, hierbei auch die Mauer insoweit begutachtet werde, ob der dortige Schaden tatsächlich vom Baum verursacht worden sei. Sollte nämlich die Mauer nicht ordnungsgemäß errichtet worden sein, handele es sich hier nicht um einen Versicherungsschaden zu Lasten der Stadt.

Stadtverordneter **Bien** erklärte, er werde dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen, den Baum zu fällen, da er dies für die günstigste Lösung halte.

### **Beschluss:**

**Der Baum Schildstraße wird entfernt.**

### **Abstimmungsergebnis:**

**7 Ja-Stimmen**

**6 Nein-Stimmen**

**1 Enthaltung**

Stadtverordnete **Appelrath** fragte, ob an derselben Stelle ein neuer Baum gepflanzt werde.

Verwaltungsangestellter **Mannheims** bestätigte dies.

### **Roentgenstraße**

Verwaltungsangestellter **Mannheims** erklärte, dass sich diese Angelegenheit

erledigt habe, da der technische Betrieb den Baum soweit beschnitten habe, dass der Antragssteller mit dieser Lösung zufrieden sei und von seinem Antrag auf Fällung des Baumes absehe.

Jülicher Straße 76:

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, man habe gesehen, dass der Baum krank sei. Deswegen spreche er sich für die Fällung aus.

Stadtverordneter **Fred Fröschen** fragte, ob an dieser Stelle ein neuer Baum gepflanzt werde.

Verwaltungsangestellter **Mannheims** bestätigte dies.

**Beschluss:**

**Der Baum Jülicher Straße 76 wird entfernt.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

Roermonder Straße 207:

Stadtverordneter **Wynands** erklärte sich in der Angelegenheit als befangen und beteiligte sich nicht an der Abstimmung.

Stadtverordnete **Appelrath** fragte, ob das Problem behoben werden könne, indem man den Gehweg auf ein gleichmäßiges Niveau anhebe.

Ausschussvorsitzende **Gillen** fragte, ob man mit geringem Aufwand ein entsprechendes Gefälle in den Gehweg bringen könne.

Verwaltungsangestellter **Mannheims** antwortete, dies sei an dieser Stelle nicht so einfach möglich.

Stadtverordneter **Fibus** erklärte, seiner Meinung nach könne man das Problem durch die Verbesserung des Gehweges lösen. Der Baum sei hier nicht das überwiegende Problem.

Stadtverordneter **Gudduschat** fragte, ob nicht in den kommenden Jahren alle Plantanen auf der Roermonder Straße ersetzt werden müssten.

Verwaltungsangestellter **Mannheims** antwortete, hiervon gehe er aus.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, unter diesen Umständen könne man jetzt bereits mit dem Baum Roermonder Straße 207 beginnen.

Stadtverordneter **Bien** erklärte, insbesondere weil sich die Situation je nach Wet-

terlage verschlimmern könne, scheine das Fällen hier am vernünftigsten.

Stadtverordnete **Appelrath** entgegnete, nicht der Baum sei an dieser Stelle das Problem.

Stadtverordneter **Schneider** erklärte, er werde einer Fällung nicht zustimmen.

Stadtverordneter **Fibus** erklärte, auch er könne nur von einer Fällung abraten. Hiermit würde man für die Roermonder Straße einen Präzedenzfall schaffen. Man müsse sich hier eine vernünftige Lösung für das Problem einfallen lassen.

Sachkundiger Bürger **Schlüter** schlug vor, es hier zunächst mit einer größeren Baumscheibe zu versuchen. Dies sei die günstigste Lösung. Fällen könne man den Baum immer noch, wenn dies nicht zum Erfolg führe.

Verwaltungsangestellter **Mannheims** erklärte, diesen Vorschlag halte er für einen gangbaren Weg.

Ausschussvorsitzende **Gillen** ließ darüber abstimmen, als Lösung für das Problem zunächst eine größere Baumscheibe zu versuchen.

#### **Beschluss:**

**In einem ersten Schritt wird versucht, das Problem durch eine größere Baumscheibe zu lösen.**

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

Sachkundiger Bürger **Schlüter** fragte, ob generell für jeden Baum, der gefällt werde, ein Ersatz gepflanzt werde.

Verwaltungsangestellter **Mannheims** bestätigte dies. Je nach Situation, werde Ersatz an derselben oder an einer anderen Stelle gepflanzt.

### **3. Erweiterungen zur Tagesordnung**

---

Erweiterungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

### **4. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung**

---

Dezernent **Gatzen** teilte mit, in der Angelegenheit Hochwasserschutz Scherpensee habe man ein Schreiben an die Niederländer aufgesetzt. Dezernent **Gatzen** verlas das Schreiben (das Schreiben ist als Anlage der Niederschrift beigefügt).

Von der Firma Achten und Jansen liege bereits ein Angebot zur Überarbeitung

der Planungen vor. Vor einer solchen Überarbeitung müsse aber zunächst die Grundstücksangelegenheit geklärt sein.

Stadtverordneter **Schneider** fragte nach dem Stand der Grundstücksangelegenheit.

Dezernent **Gatzen** antwortete, dass der Grunderwerb nicht vor Weihnachten abgewickelt werden könne.

Ausschussvorsitzende **Gillen** erklärte, wenn man von dem Grunderwerb spreche, habe man also auch schon eine bestimmte Richtung geplant. Eigentlich sollte man in der Angelegenheit aber bei Null anfangen. Dies bedeute für sie, man müsse zunächst mit Landgraaf sprechen.

Dezernent **Gatzen** antwortete, man habe auch vor, zunächst mit Landgraaf zu sprechen. Es gehe vor allem darum, dass Übach-Palenberg in der Angelegenheit die Kosten nicht alleine trage. Von Landgraaf Seite liege bereits ein Grundstückstauschangebot vor.

Sachkundiger Bürger **Schlüter** schlug vor, die Angelegenheit zur Sachstandmitteilung auf die Tagesordnung einer der kommenden Sitzungen des Bau- und Umweltausschusses zu setzen.

Ausschussvorsitzende **Gillen** stimmte dem Vorschlag zu.

- - - - -

Dezernent **Gatzen** teilte mit, dass sich die Verwaltung für die Holzbrücke in das Naherholungsgebiet eine provisorische Lösung überlegt habe. Diese müsse aber noch mit der Deutschen Bahn abgestimmt werden.

Stadtverordneter **Fibus** erklärte, es sei schon länger bekannt gewesen, dass die Brücke nicht in Ordnung sei. Warum habe man mit einer Reaktion so lange gewartet, dass die Brücke geschlossen werden musste?

Stadtverordneter **Bien** entgegnete, es sei bekannt, dass aufgrund der Haushaltsituation nicht mehr alles gemacht werden könne, wie man es sich wünsche.

- - - - -

Dezernent **Gatzen** teilte mit, dass auf dem Zechengelände am Wasserturm zunächst Bohrungen durchgeführt werden müssen zur Prüfung, ob das Anlegen von Parkplätzen trotz der vorhandenen Schächte möglich sei. Diese Bohrungen müssen nun zunächst abgewartet werden, bevor man mit dem Bebauungsverfahren fortfahren könne.

Stadtverordneter **Gudduschat** fragte, ob die Kosten hierfür der Investor trage.

Dezernent **Gatzen** bestätigte dies. Der Investor sei daran interessiert, die Bohrung zeitnah durchzuführen.

Dezernent **Gatzen** teilte mit, dass in Bezug auf die Dichtheitsprüfung von Seiten der Presse angefragt worden sei, wie in der Angelegenheit weiter verfahren werde. Man habe geantwortet, dass ein entsprechendes Landesgesetz vorliege, an das man sich halten müsse. Das derzeitige Verfahren werde somit fortgesetzt.

Stadtverordneter **Gudduschat** fragte nach, ob der beschlossene Zeitplan weiterhin abgearbeitet oder ob die Angelegenheit ausgesetzt werde, bis feststehe, ob das Landesgesetz geändert werde.

Technischer Angestellter **Wingen** antwortete, man bereite derzeit die Anschreiben für den nächsten Untersuchungsabschnitt vor, warte aber mit dem Versenden bis eine Entscheidung der Landesregierung vorliege.

Stadtverordneter **Schneider** erklärte, es sei vorgesehen, dass das Landesgesetz in Bezug auf die Zeiten und das Verfahren abgeändert werde. Deswegen sollte man das Ergebnis zunächst abwarten.

Technischer Angestellter **Wingen** erläuterte, dass über die Änderung des Landeswassergesetzes voraussichtlich im Januar entschieden und die möglichen Änderungen dann entsprechend berücksichtigt werden.

#### **Anfrage der CDU-Fraktion:**

Ausschussvorsitzende **Gillen** erklärte, ihre Anfrage beziehe sich auf die Dichtheitsprüfung. Sie habe es so verstanden, dass zunächst das Verfahren gestoppt und die Entscheidung zur Änderung des Landeswassergesetz abgewartet werde. Sollte das Landeswassergesetz geändert werden, sei auch eine entsprechende Änderung der Satzung erforderlich.

Dezernent **Gatzen** antwortete, dass die Gesetzesänderung abgewartet und dann die Satzung entsprechend angepasst werde.

Ausschussvorsitzende **Gillen** schloss um 17.55 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss Ausschussvorsitzende Gillen um 18.00 Uhr die Sitzung.

Gillen  
Ausschussvorsitzende

Schade  
Schriftführerin